

## Der Staat kann die Stahlwerke nicht retten

VON ANTJE HÖNING

Die Mahnwache vor dem Thyssenkrupp-Werk entwickelt sich zum Ort, an dem die Republik die Transformation der Industrie verhandelt. Spitzenpolitiker von SPD, CDU, Grünen kommen regelmäßig her, nun auch der Kanzler. Kein Wunder, der größte deutsche Stahlhersteller zeigt die Probleme im Brennglas: Früher war die günstige Kohle des Reviers der Standortfaktor, um Hochöfen dort anzusiedeln. Nun verlangen Politik und Kunden grünen Stahl, für den man grünen Wasserstoff braucht, den Deutschland nicht zu bieten hat – jedenfalls nicht zu den Mengen und Preisen, die für eine profitable Produktion nötig sind.

Auch der zweite Standortfaktor hat sich erledigt: Energie ist nicht mehr günstig, sondern viel teurer als in anderen Ländern. Zu den strukturellen Problemen kommen die speziellen von Thyssenkrupp hinzu: Durch milliardenschwere Fehlinvestitionen und die aktuelle Fehlbesetzung an der Spitze fällt der Konzern als Gestalter der Transformation aus. Dass Miguel López nicht dabei ist, als der Kanzler die mit Steuermilliarden geförderte Anlage besucht, sagt alles über den Thyssenkrupp-Chef.

Klar: Es geht beim Stahl um ein systemrelevantes Produkt, bei dem man besser nicht abhängig wird von autokratischen Ländern. Doch die Rezepte, die auch Scholz neben seiner Solidarität mit nach Duisburg bringt, überzeugen nicht. Ein Staatseinstieg ändert nichts am Problem des Konzerns, der Staat ist nie der bessere Unternehmer. Eine Dauersubvention von grünem Stahl ist sinnlos – dass dies zu nichts führt, weiß keiner besser als die Menschen im Ruhrgebiet. Entweder die Unternehmen schaffen es, Rohstahl rentabel zu erzeugen (sei es aus Elektroschrott oder mit guten Wasserstoff-Deals) – oder die Zeit der Stahlwerke läuft ab. Dann sind diversifizierte Lieferketten und Veredlung gefragt. Auch eine Chance für Duisburg.

## Bitte über die eigenen Schatten springen

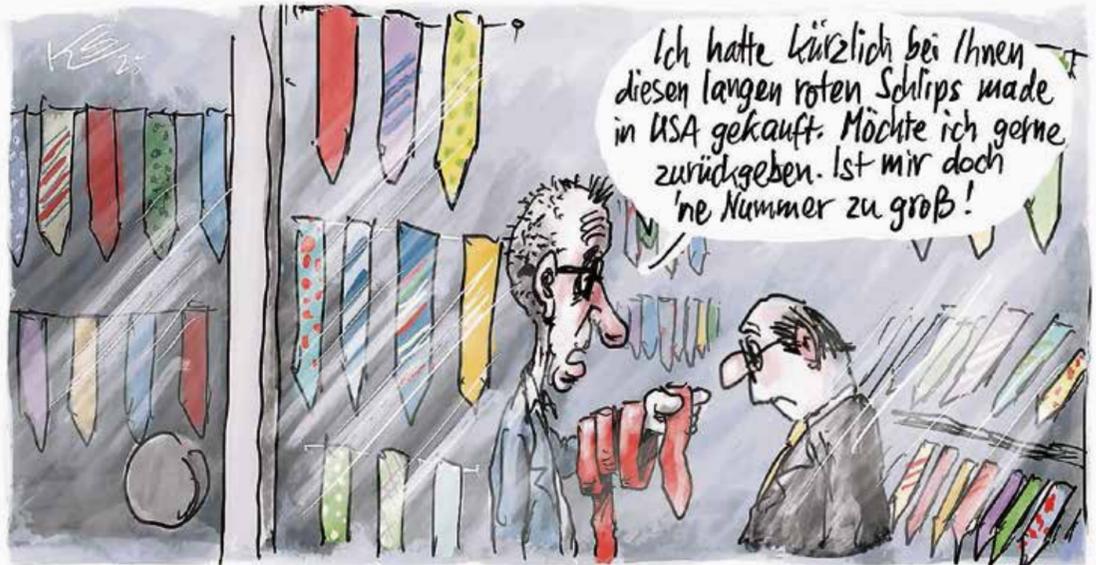
VON JAN DREBES

Von der Bundestagsdebatte vom vergangenen Freitag bleibt vor allem eines hängen: Die Union, die FDP und das BSW haben eine Mehrheit mit der AfD in Kauf genommen, um eine Verschärfung der Migrationspolitik zu erreichen. Sie sind jedoch an den Abwechslern aus den eigenen Reihen gescheitert. Und die übrigen Parteien sehen nun die Brandmauer zwischen Union und AfD zerstört. Und jetzt?

Es ist endlich an der Zeit, dass alle Parteien der demokratischen Mitte über ihre Schatten springen, um tatsächlich noch etwas zu bewegen in der Migrationspolitik. SPD, Grüne, FDP und die Union können zeigen, dass sie alle zusammen verstanden haben, was die Stunde nach den brutalen Messermorden von Aschaffenburg und den vorherigen Anschlägen in Solingen, Mannheim und Magdeburg geschlagen hat. Nach all den Streitereien in der Ampel hat doch niemand mehr Verständnis dafür, wenn diese Mitte-Parteien es nicht schaffen, sich auf einen Minimalkonsens für Verschärfungen in der Migrationspolitik zu einigen und den zumindest zu beschließen.

Konkret liegt das Gesetz zur nationalen Umsetzung der neuen EU-Asylregeln (Geas) bereit, außerdem ein umfangreiches Sicherheitsgesetz und eines für mehr Bundespolizei-Befugnisse. Bei allen drei Gesetzen gibt es Schnittmengen zwischen den Parteien. Und sollte die Union nach dem Scheitern des eigenen Gesetzes im Bundestag nun nicht mehr bereit sein für einen Kompromiss bei den rot-grünen Gesetzen im Innenausschuss und danach im Bundestag, braucht es eben einen Kompromiss bei den genannten drei Gesetzen mit der FDP für die alte Ampel-Mehrheit.

Bleibt es aber bei gegenseitigen Vorwürfen und verbohrten Positionen, würde der Schaden noch einmal größer werden, als er ohnehin schon ist. Nutznießer wäre eindeutig die AfD.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

**ANALYSE** Die USA sind zum unsicheren Kantonisten der Weltpolitik geworden. Der neue Präsident Trump handelt bereits in seinen ersten Tagen hektisch, rücksichtslos und anmaßend. Dennoch gibt es Grund zur Hoffnung.

## Chancen auch in düsteren Zeiten

VON MARTIN KESSLER

Der Wahlsieg Donald Trumps – auch wenn er erwartbar war – hat alles auf den Kopf gestellt. Das mächtigste, wirtschaftsstärkste und fortschrittlichste Land der Erde – regiert von einem pathologischen Lügner, Aufschneider und Betrüger. Und der neue alte Präsident hat gleich nachgelegt: Ein radikaler TV-Moderator befiehlt künftig die stärkste Armee der Welt, ein durchgeknallter Milliardär entlässt bald eine Million Bundesangestellten, die designierte Chef aller Geheimdienste findet Putin gut, und der gerade bestätigte Energieminister träumt von einem neuen fossilen Zeitalter. Hinzu kommt, dass eine mögliche trump-hörige Justizministerin dem Präsidenten für seine Taten dauerhaft Immunität gewähren könnte.

Ob das die rechtsstaatlichen Institutionen der ältesten Demokratie aushalten, steht in den Sternen. In beiden Häusern des Kongresses, dem Senat und dem Repräsentantenhaus, haben die Republikaner die Mehrheit. Und die schätzen etliche Politikbeobachter inzwischen in Teilen als rechtsradikal ein. Im Obersten Gerichtshof, dessen Mitglieder auf Lebenszeit gewählt werden, beträgt das Stimmenverhältnis sechs zu drei für die Ultra-Konservativen. Allein drei Richter wurden in der ersten Amtszeit Trumps bestellt. Eine vorsorgliche Generalamnestie für mögliche Verbrechen im Weißen Haus hat die Mehrheit bereits ausgesprochen.

Für den neuen US-Präsidenten kann fast nichts schief gehen. Er hat fast diktatorische Vollmachten, auch wenn er die Verfassung nicht eindeutig verletzt. Zwei Dinge fehlen Trump zur absoluten Macht. Er könnte die weitreichenden Kompetenzen der Bundesstaaten beschneiden und gegen politische Gegner vorgehen. Sollte die Systemumwand-

lung gelingen, stünde es schlecht um die Demokratie in der Welt.

Indien, der bevölkerungsmäßig größte Verfassungsstaat, zementiert die Macht des radikalen Hinduführers Narendra Modi. Muslime, Christen und Andersgläubige haben weniger Rechte auf dem heiß-schwülen Subkontinent. Auch G-20-Länder wie Indonesien, Mexiko oder Argentinien nehmen es mit dem Rechtsstaat nicht allzu genau. Tatsächlich leben weniger als acht Prozent der Weltbevölkerung in einer Demokratie, die laut Untersuchung des Instituts

EIU der Zeitschrift „Economist“ formal und faktisch alle Regeln einhält. In diese Kategorie fallen die USA bereits nicht mehr, weil sich die politische Kultur des Landes und die Funktionsweise der Regierung deutlich verschlechtert haben. Immerhin leben 45 Prozent der Menschen in Systemen, die wenigstens fundamentale Rechte achten und einen friedlichen Regierungswechsel durch Wahlen ermöglichen. Ohne die Vereinigten Staaten wären es noch knapp über 40 Prozent.

Und der Trend geht weltweit zu harten autoritären Systemen wie Russland, China, Venezuela oder Ägypten. Im vergangenen Jahr waren es nach Erhebungen des EIU knapp 40 Prozent. Dazu kommen Regime wie die Türkei oder Nigeria, die zwar Wahlen zulassen, aber die politischen Freiheiten einschränken. Selbst bei einst einwandfreien Demokratien wie Israel, Italien oder Portugal kommt es zu Verwerfungen, Behinderungen der Justiz oder anderen illiberalen Handlungen.

Verschärft haben sich auch die internationalen Konflikte. Russische Truppen erobern derzeit Dorf für Dorf und Stadt für Stadt im östlichen Teil der Ukraine. Die erschöpften Truppen Kiews leiden an mangelhafter Ausstattung und Ausbildung, die Rekrutierung neuer Soldaten ist schwierig, selbst Frontdurchbrüche im Osten oder Süden des

Landes sind nicht auszuschließen.

Im Nahen und Mittleren Osten hat sich die Situation dramatisch geändert, friedlicher ist die Region nicht geworden. Der dritte globale Gefahrenherd ist die Straße von Taiwan. Hier hat China massiv gegen die demokratische Inselrepublik aufgerüstet. Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping hat es sich zu seiner vornehmlichen Aufgabe gemacht, die aus seiner Sicht abtrünnige Provinz wieder in den Staatsverband

### INFO

#### Wie Trump Verbündete und Gegner attackiert

**Grönland/Dänemark** US-Präsident Trump möchte die Insel Grönland aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen erwerben. Dazu setzt er Dänemark unter Druck, zu dessen Staatsgebiet die Insel gehört. Aber auch die Bewohner der arktischen Region haben Autonomierechte, die bei einer Übernahme der Vereinigten Staaten in Gefahr gerieten.

**Panama-Kanal** Der Schifffahrtsweg zwischen Karibik und Pazifik kam im Jahr 2000 an den Staat Panama. Seit sich chinesische Investoren für die Wasserstraße interessieren, sind die Amerikaner alarmiert. Trump fordert die Rückgabe des Kanals an die USA, die Regierung von Panama lehnt vehement ab.



Umladung von Containern in Frachtschiffe am Panamakanal FOTO: DPA

einzuverleiben – wenn nötig auch gewaltsam.

Schlittern wir in eine globale Krise, in eine „Vorkriegszeit“, wie der Historiker Karl Schlögel befürchtet? Ist bereits ein Science-Fiction-Zeitalter wie im Film „Blade Runner“ angebrochen, das die menschliche Zivilisation zersetzt? Das ist nicht auszuschließen, die Aussichten haben sich verdüstert. Aber ein Ende der Menschheit? Das steht eher nicht zu erwarten. Gerade in totalen Krisenzeiten haben engagierte und entschlossene Personen oft die Weichen für eine bessere Zukunft gestellt. Nach den Verheerungen des 30-jährigen Krieges entstand mit dem Westfälischen Frieden von Münster und Osnabrück das moderne Völkerrecht. Die blutigen Schlachten Napoleons nach der Französischen Revolution wurden 1815 auf dem Wiener Kongress beendet und brachten dem wichtigsten Kontinent der Erde damals für fast 100 Jahre Frieden und einen der spektakulärsten Aufbrüche der Menschheit, nämlich die Industrialisierung, die Massenelend und Arbeiternot schließlich überwand. Der Zweite Weltkrieg mit seinen Genoziden war die globale Katastrophe des 20. Jahrhunderts. Doch 1945 besiegten die Alliierten den Völkermörder Adolf Hitler und seinen NS-Staat und errichteten im besiegten Deutschland eine stabile Demokratie. Die wirtschaftliche, technologische und politische Entwicklung danach führte zu einem Wohlstand, der bis dahin in der Welt unbekannt war.

Auch das Jahr 2025 kann eine solche Wende sein. Die Amerikaner können sich trotz Trump wieder auf ihre Tugenden besinnen und die Unabhängigkeit ihrer Institutionen bewahren, die Europäer ein neues Einigkeitsgefühl entwickeln, selbst ein Wandel im Nahen oder Fernen Osten ist nicht völlig ausgeschlossen. Dass die Asiaten Demokratie können, zeigen sie in Japan, Südkorea und Taiwan. Ja, die Zeiten sind düster, aber die Menschheit hat auch in Katastrophen Kraft gefunden, sich neu zu erfinden.

### WISSENSDRANG

Am vergangenen Mittwoch haben die Fraktionen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP einen Antrag mit dem Titel „Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen entschlossen entgegenzutreten und den freien Diskursraum sichern“ verabschiedet. Was die Hochschulen angeht, gehört er zur Sorte gut gemeint, aber in der Sache schädlich – jedenfalls, was die Sicherung des freien Diskursraums angeht. Der Bund ist für die Hochschulen nicht zuständig. Wenn er dennoch eine solche nicht bindende Resolution verabschiedet, sendet er das Alarm-signal aus, es gäbe ein massives Antisemitismusproblem an den Hochschulen. Antisemitismus ist unter Hochschullehrern und Studierenden

## Gut gemeint, aber eher schädlich

Die neue Antisemitismus-Resolution schadet der Wissenschaftsfreiheit.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

jedoch nachweislich viel geringer als im Durchschnitt der Bevölkerung. Sogar wenn man die sehr breite Definition der International Holocaust Remembrance Alliance anwendet wie der Bund und tendenziell auch Israelkritik unter Antisemitismus fasst. Freilich müssen deutsche Universitäten aus historischen Gründen besonders wachsam nicht nur mit Antisemitismus, sondern auch mit unverhältnismäßigen Formen von Israelkritik umgehen. An einigen Berliner Universitäten fanden beunruhigende Aktionen statt. An der Hochschule der Künste wurden jüdische Studierende auf schockierende Weise eingeschüchert. So etwas ließe sich jedoch nur in einem System ganz verhindern, das den freien Diskursraum massiv ein-

schränkt. Universitäten haben aber vor allem die Funktion, eine friedliche Diskussion auch heikler Themen zu ermöglichen. An den drei Ruhr-Universitäten fanden im vergangenen Oktober und November fast täglich Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu Antisemitismus und Rassismus statt. Die Resolution könnte nun die Tendenz einiger Universitäten verstärken, Vorträge zum Themenkomplex Israel und Palästina aus Sicherheitsgründen und zur Verhinderung antisemitischer Äußerungen lieber ganz abzusagen.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Biochemikerin Birgit Strodel ab.